

 INTERVIEW

Fabio De Masi: „Manchmal muss man auch mit dem Teufel verhandeln“

Während Sahra Wagenknecht den Vorsitz abgibt, vier BSW-Abgeordnete austreten und die Umfragen abstürzen, will Fabio De Masi Parteichef werden. Wird er einen neuen Kurs einschlagen?

Sophie-Marie Schulz Harald Neuber

14.11.2025  17.11.2025, 06:30 Uhr



Fabio De Masi: „Ich habe keine Sorge, dass wir uns da in die Quere kommen.“

Jan A. Staiger für Berliner Zeitung

Im BSW herrscht Ausnahmezustand: Rücktritte, Streit, sinkende Umfragen – und eine Parteigründerin, die sich neu erfindet. Mitten in diesem Umbruch will Fabio De Masi übernehmen. Der frühere Linken-Abgeordnete, bekannt als Aufklärer im Cum-Ex-Skandal, soll die Partei wieder auf Kurs bringen. Aber wie?

Im Interview mit der Berliner Zeitung spricht der designierte BSW-Vorsitzende über den Rückzug seiner Gründerin, autoritäre Tendenzen in der Partei, „verlotterte“ Infrastruktur – und darüber, warum Deutschland seiner Meinung nach eine „politische Klasse am Rockzipfel Washingtons“ abschütteln muss.



Corinna Harfouch: „Ich verstehe nicht, warum diese Gesellschaft so dumm bleiben will“



„Kennen Sie diese Zahlen?“ Bis 2029 können nur 10.000 Syrer abgeschoben werden – Migrationsforscher bei Lanz

CDU 13.11.2025



Herr De Masi, Sahra Wagenknecht zieht sich als Parteivorsitzende zurück und schlägt Sie als Nachfolger vor. Sind Sie der designierte Erbe oder nur der Statthalter, bis sie wieder eingreift?

Ich bin weder Erbe noch Statthalter, sondern vorgeschlagen für den Parteivorsitz. Frau Wagenknecht wird weiter eine führende Rolle spielen, aber wir verteilen die Arbeit künftig auf mehreren Schultern.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Sahra Wagenknecht künftig eine „Grundwertekommission“ in Ihrer Partei leitet und programmatisch den Ton angeben will. Fürchten Sie nicht, dass Sie am Ende Parteivorsitzender auf dem Papier sind, während die inoffizielle Richtlinienkompetenz weiter bei Sahra Wagenknecht liegt?

Jeder, der mich kennt, weiß: Ich mache keine Dinge nur auf dem Papier. Entweder ganz oder gar nicht. Ich bin nicht dafür bekannt, mich wegzuducken, sondern politische Impulse zu setzen. Das werde ich als Parteivorsitzender tun, sofern mich der Parteitag wählt. Frau Wagenknecht hat eine überragende öffentliche Rolle, und die brauchen wir auch. Ich habe keine Sorge, dass wir uns da in die Quere kommen.



Jan A. Staiger

ZUR PERSON

Fabio De Masi, geboren 1980 im hessischen Groß-Gerau, ist Ökonom und Europaabgeordneter des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Zuvor war er von 2014 bis 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments und von 2017 bis 2021 Bundestagsabgeordneter der Linken. Bekannt wurde er durch seine Arbeit zur Aufklärung

des Cum-Ex-Steuerskandals.

Was wäre das Erste, das Sie als Vorsitzender angehen wollen, oder anders gefragt: Haben Sie schon einen Plan für die ersten 100 Tage ausgearbeitet?

Diese 100-Tage-Politiker sind nach 100 Tagen meist schon unbeliebt. Man denke an Bundeskanzler Friedrich Merz und seine katastrophale Regierungspolitik. Ich will in den ersten 100 Tagen angreifen. Das ist mein Ziel.

Wen oder was wollen Sie angreifen und wie?

Die Merz-Koalition ist bereits so unbeliebt die wie Ampel. Sie vertreibt mit den hohen Energiepreisen unsere Industrie. Wir haben uns mit den Russland-Sanktionen die Wirtschaft zerstört, ohne den Ukrainekrieg zu verkürzen. Wir sind im dritten Jahr der Rezession, unsere Infrastruktur verlottert, während wir den Rüstungskonzernen und ihren Aktionären die Taschen füllen. Die europäischen Rüstungsausgaben übertreffen jene Russlands um ein Vielfaches. Russland wird jedoch nicht morgen vor dem Brandenburger Tor stehen. Gleichzeitig stagnieren die Reallöhne seit 2019. Die Menschen, die den Laden am Laufen halten, kommen auf keinen grünen Zweig mehr. Dagegen werden wir etwas tun. Und natürlich müssen wir als wachsende Partei auch unsere Leute auf die Straße bringen und Debatten organisieren. Darum werde ich mich kümmern.

Sie haben eben gesagt, die Infrastruktur sei „verlottert“. Der Begriff fällt im BSW auffallend häufig. Was meinen Sie damit konkret?

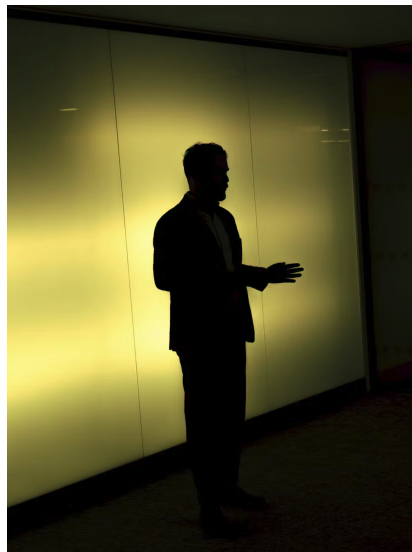
Steigen Sie in die Bahn, dann wissen Sie, was ich meine. Unser öffentlicher Raum ist vielerorts heruntergekommen, ob im Nahverkehr oder im Stadtbild, über das Herr Merz jüngst sprach. Diese Aussage hat einen wahren Kern: Deutschland hat seine Infrastruktur über Jahre verfallen lassen.

Jetzt haben Sie die „Stadtbild“-Debatte angesprochen, aber nicht den Kern, um den es dabei geht: Migration. Wagenknecht hat viele Stimmen durch ihre migrationskritischen Positionen gewonnen. Werden Sie diesen Kurs fortsetzen oder korrigieren?

Die Migrationspolitik der vergangenen Jahre hat Kommunen überfordert, damit kann Integration nicht gelingen. Menschen versuchen aus nachvollziehbaren Gründen, ihre ökonomischen Perspektiven zu verbessern. Der Westen hat eine große Verantwortung für Fluchtursachen wie Kriege und unfaire Handelspolitik.

Es ist ja kein Zufall, dass viele Flüchtlinge aus Irak, Afghanistan oder Syrien kommen und Libyen nach dem Sturz Gaddafis ein Hotspot der Flüchtlingskrise wurde. Im Senegal stehlen wir etwa mit den europäischen Booten den Fischern ihre Existenzgrundlage. Man

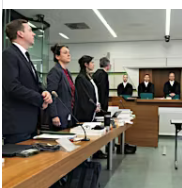
kann die weltweite Ungleichheit jedoch nicht über das Asylsystem lösen, das für politisch Verfolgte gedacht war.



Fabio De Masi: Die Merz-Koalition ist bereits so unbeliebt die wie Ampel.
Jan A. Staiger

Sondern?

Wir brauchen eine gesteuerte Migration. Ich selbst habe einen Migrationshintergrund, genauso wie Frau Wagenknecht und Amira Mohamed Ali. In der Nachkriegszeit wanderten Menschen in Arbeit ein – sie hatten Einkommen, soziale Netze, Perspektiven. Heute kommen viele junge Männer ohne Arbeit, während die Konkurrenz um Wohnungen und Jobs in den Arbeitervierteln wächst. Wenn Migration gesteuert erfolgt, ist sie eine Bereicherung. Wenn sie unkontrolliert verläuft, erhöht sie den sozialen Druck und lässt Integration scheitern.



Waffenlieferungen an Israel: Gericht lehnt Klagen ab

Ausland 12.11.2025



70 Jahre Bundeswehr: Zwischen „Zeitenwende“ und Imagekrise

Ukraine 12.11.2025



Eine „gesteuerte Migration“ kann vieles heißen. Was meinen Sie konkret damit? Wie soll

eine gesteuerte Migration nach Auffassung des BSW aussehen?

Das heißt konkret, dass wir vorgelagerte, aber rechtsstaatliche Asylverfahren in Drittstaaten brauchen. Momentan ist es so, dass die Ärmsten der Armen es gar nicht bis zu uns schaffen, sondern vor allem jene, die Schlepperbanden bezahlen können – oft Menschen aus der Mittelschicht ihrer Herkunftsländer. Wir brauchen Ordnung im System, und dazu gehört auch Rückführung, wenn Menschen kein Aufenthaltsrecht haben. Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, Probleme ließen sich allein durch aufwendige Rückführungen lösen.

Wie ließe sich das „Problem“ Ihrer Meinung nach im Land lösen?

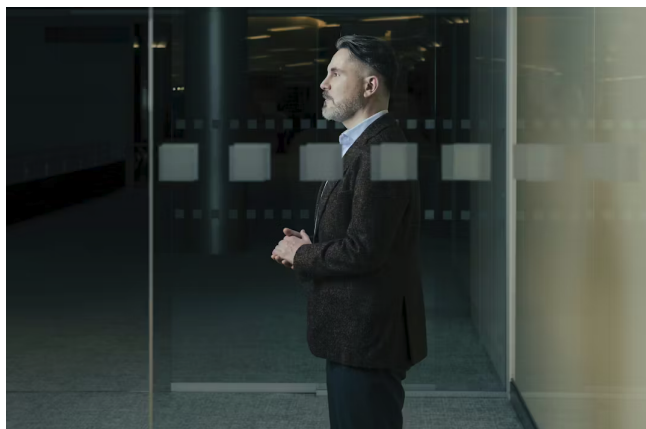
Wir müssen die Anreizsysteme verändern: Wer hier keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus erhält, sollte nur noch die Leistungen bekommen, die verfassungsrechtlich geboten sind, Unterkunft und Verpflegung, aber keine im europäischen Vergleich hohen Geldleistungen. Gleichzeitig brauchen wir, im Rahmen unserer Kapazitäten und der kommunalen Infrastruktur, eine begrenzte Arbeitsmigration. Und selbstverständlich gilt: Menschen, die seit Jahren hier leben, arbeiten und integriert sind, sollen bleiben können. Häufig schieben wir die falschen ab, die morgens beim Bäcker die Brötchen backen.

Würde das BSW nach Syrien abschieben?

Natürlich muss auch nach Syrien abgeschoben werden. Insbesondere Straftäter oder Menschen, die mit islamistischer Gesinnung auffallen, müssen das Land verlassen. Ich kann nicht erkennen, dass sie dort besonderen Gefahren ausgesetzt wären. Schließlich regiert in Syrien inzwischen ein Mann, den die USA früher selbst als Terroristen gesucht haben.

Würden Sie auch mit den Taliban verhandeln?

Wenn man etwas verbessern will, muss man manchmal auch mit dem Teufel verhandeln. Das lehrt uns die Geschichte. Es ist absurd zu glauben, internationale Politik könne nur unter Betschwernern funktionieren. Kanäle etwa zwischen den USA und den Taliban gibt es längst. Warum sollte die Bundesregierung das nicht auch tun?



Angenommen, Sie stehen an einem BSW-Wahlkampfstand: Ein Passant bleibt stehen und sagt: „Die AfD ist doch auch migrationskritisch, und die ist wenigstens im Parlament.“ Was antworten Sie?

Die AfD ist erstens eine Partei, die Hochrüstung befürwortet, und damit sorgt sie dafür, dass sich das Stadtbild in Deutschland weiter verschlechtert. Wer jeden zweiten Euro in die Rüstung steckt, ruiniert das Land langfristig.

Zweitens will Frau Weidel die Rentensysteme privatisieren. Das heißt: Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben und trotzdem kaum über die Runden kommen, sollen bluten. Wir wollen eine Rente wie in Österreich, wo alle einzahlen und die Renten höher sind.

Und drittens: Ja, die AfD betont Missstände in der Migrationspolitik, aber sie pflegt auch Ressentiments und wertet Menschen aufgrund ihrer Herkunft ab. Wir wollen Ordnung in der Migrationspolitik, aber ohne Fremdenfeindlichkeit.

Stichwort Missstände: In Brandenburg sind vier Abgeordnete des BSW aus der Partei ausgetreten, mit der Begründung, das BSW entwickle „autoritäre Tendenzen“. Der Kurs der Parteiführung werde von „radikalierten Positionen“ bestimmt und stehe im Widerspruch zu den eigenen Ansprüchen einer pluralistischen Bewegung. Wenn selbst Ihre eigenen Leute so reden, läuft da nicht etwas grundsätzlich schief?

Nein. In jeder Partei gibt es Mitglieder, die in Parlamente wollen, dann aber merken, dass man in der Öffentlichkeit auch Prügel vom Establishment einstecken muss. Wir vertreten die Mehrheit der Bevölkerung, die das Gefühl hat, dass die Meinungskorridore in den öffentlich-rechtlichen Medien enger geworden sind. Ob bei Corona, dem Ukrainekrieg oder dem Genozid in Gaza.

Nochmal: Vier Mitglieder sind der Meinung, dass das BSW „radikale Positionen“ vertritt und „autoritäre Tendenzen“ entwickelt. Ist dem so?

Unsere Haltung ist nicht radikal. Wir wollen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der die Meinungsvielfalt abdeckt, und nicht, dass Gebührenzahler den Intendanten Gehälter finanzieren, die das Gehalt des Bundeskanzlers übertreffen. Dies entspricht unserem Programm. Ich finde es daher überraschend, wenn vier Mitglieder einer Fraktion plötzlich sagen, sie könnten diese Position nicht mehr mittragen.

Der Brandenburger Ministerpräsident hat heute nochmal klargestellt, dass die Koalition überhaupt nicht gefährdet war. Die Verträge wurden noch vor Beginn der Koalition verhandelt. Wir als BSW müssen doch zeigen, dass wir Politik anders machen, sonst wird

nur die AfD profitieren. Natürlich suchen wir jetzt das Gespräch, aber wir lassen uns als Partei nicht erpressen. Wenn wir unser Profil aufgeben, weil ein paar Abgeordnete bequemer regieren wollen, können wir einpacken.

Das führt uns unmittelbar zu der Frage, ob das BSW zu schnell in die Landesregierung eingetreten ist. Eine Partei im Aufbau, ohne gefestigte Strukturen, offenbar mit Kandidaten, deren Positionen nicht einmal klar waren.

Ich habe immer gesagt, dass uns die frühen Regierungsbeteiligungen nicht geholfen haben. Um Thüringen gab es heftige Diskussionen in der Partei. Über Brandenburg gab es viel weniger Debatten. Ich glaube daher auch, dass es bei den Austritten nicht um die Koalition ging, sondern um Machtspiele im BSW.

Heißt das, dass Sie in Zukunft lieber auf eine Regierungsbeteiligung verzichten?

Für uns ist klar: Wir gehen keine Koalition ein, die nur dazu dient, die AfD von der Macht fernzuhalten, aber die Unzufriedenheit im Land nicht verringert. Mit der AfD werden wir ebenso keine Koalition bilden, die AfD steht der CDU näher. Wir prüfen Anträge in der Sache, aber wir halten es für notwendig, dass Deutschland sich endlich mit dem Konzept von Minderheitsregierungen vertraut macht.



Milliardenloch bei der Arbeitsagentur: Forscher zerlegen Merz' Sozialstaats-Mythos

CDU 11.11.2025



Christian Lindners neuer Job: Was hinter dem Ost-Auto-Imperium Autoland steckt

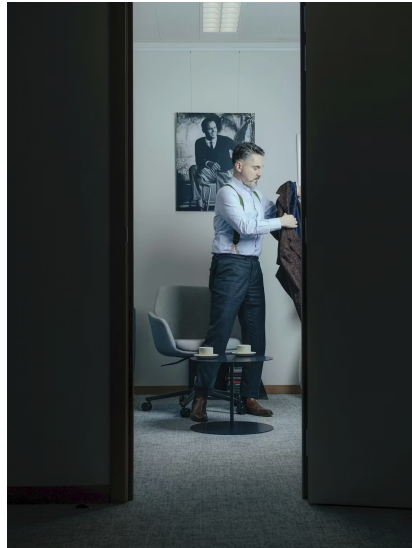
Politik 12.11.2025



War es rückblickend ein Fehler, so früh Regierungsverantwortung zu übernehmen?

Wir waren eine sehr junge Partei, die erst ihre Fraktionen aufbauen musste. Es war jedoch richtig, dass wir im Bundesrat verhindert haben, dass die Rüstungsmilliarden einfach durchgewinkt werden, wie es etwa die Linke getan hat. Und richtig war auch, dass wir im Brandenburger Koalitionsvertrag unsere Kritik an der Stationierung von Mittelstreckenraketen verankert haben. Das hat bisher keine andere Partei geschafft. Ebenso begrüße ich, wenn in Thüringen die Kommunen mehr Spielraum für Investitionen erhalten. Ich war gegen die Koalition in Thüringen, aber das ist vergossene Milch. Jetzt

müssen wir etwas rausholen.



Fabio De Masi: Die Begriffe „links“ und „rechts“ werden in der Bevölkerung kaum noch verstanden.

Jan A. Staiger für Berliner Zeitung

Im BSW wird derzeit intensiv darüber diskutiert, wo die Partei politisch steht – eher links, eher rechts oder jenseits dieser Kategorien. Zu welchem Flügel würden Sie sich selbst zählen und wie wollen Sie Lagerbildungen verhindern?

Die Begriffe „links“ und „rechts“ werden in der Bevölkerung kaum noch verstanden. Früher bedeutete links, sich für die Interessen der arbeitenden Mehrheit einzusetzen, für Frieden und Diplomatie. In diesem Sinne bin ich links. Aber eine Politik offener Grenzen für alle ist keine linke Politik, weil sie sozialen Druck erzeugt und überdies rechte Kräfte stärkt. Viele Menschen verbinden „links“ heute mit Belehrungen, wie sie zu sprechen haben.

Aber auch zwei Jahre nach Parteigründung ist noch immer vielen Bürgern unklar, wofür das BSW programmatisch steht. Auch Sahra Wagenknecht spricht von der Notwendigkeit größerer Klarheit. Wenn Sie sich nicht in den klassischen Lagern verorten, wo steht das BSW politisch, und wie wollen Sie das greifbar machen?

Ich habe mein ganzes politisches Leben für die Menschen gearbeitet, die von ihrer Arbeit leben müssen. In diesem ursprünglichen Sinne sind wir links und vernünftig: für soziale Gerechtigkeit und Aufstiegschancen, aber auch wirtschaftlich vernünftig. Wir setzen auf gute Löhne und Renten sowie einen innovativen Mittelstand, auf gesteuerte Migration und auf Entspannungspolitik. Mit diesem Profil haben wir zu Beginn viele Menschen überzeugt. Später sind unsere Umfragewerte aber gesunken.

Warum?

Durch die Konflikte um Thüringen, durch zu wenige Mitglieder im Straßenwahlkampf und

natürlich, weil uns die Bühne des Bundestags fehlt. Hinzu kam: In den Medien wurde die Linke vor der Wahl stark gepusht, während Krieg und Hochrüstung bis zum Wahltag in den Talkshows kaum eine Rolle spielten. Dies war aber das Thema, mit dem wir am stärksten polarisiert haben und wahrgenommen wurden.

Und Sie glauben, das lässt sich wieder ändern?

Absolut. Die Unzufriedenheit mit der Merz-Regierung ist enorm, die Wirtschaft schmiert ab und die Opposition versagt. Es gibt etwa keinen Untersuchungsausschuss zur Corona-Politik, Jens Spahns Maskendeals oder zum Nord-Stream-Terror. Wenn wir durch die Neuauszählung wieder im Bundestag vertreten sind, werden wir genau solche Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Ob Sie überhaupt in den Bundestag einziehen, ist offen. Der Wahlprüfungsausschuss lässt sich Zeit. Wenn das Verfahren scheitert: Wie geht es dann weiter?

Dann ziehen wir eben vor das Bundesverfassungsgericht. So funktioniert ein Rechtsstaat. Und ich kann mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, dass das Bundesverfassungsgericht diese Shitshow, die der Wahlprüfungsausschuss da abzieht, akzeptieren wird.



Sahra Wagenknecht (m.) wird nicht erneut für den Vorsitz ihrer Partei kandidieren.
Michael Kappeler/dpa

Nochmal ein Schritt zurück: Sie übernehmen, wenn Sie im Dezember gewählt werden, eine Partei, deren Name bald geändert wird, deren Mitglieder sich streiten und deren Gründerin sich gerade aus der ersten Reihe zurückzieht. Wie wollen Sie in so einer Lage Glaubwürdigkeit schaffen?

Frau Wagenknecht zieht sich nicht zurück. Im Gegenteil, sie bekommt mehr Freiheit, politische Impulse zu setzen. Und sie wird, davon bin ich überzeugt, bald Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag sein.

Das ist jetzt aber sehr optimistisch.

Ich erinnere daran: Als ich die Korrektheit des Wahlergebnisses infrage gestellt habe, wurde ich als „Trump“ bezeichnet. Heute sagen Politikwissenschaftler, Statistiker und viele Leitmedien dasselbe: Es muss neu ausgezählt werden.

Sechzig Prozent aller Stimmkorrekturen im vorläufigen Ergebnis betrafen eine Fünf-Prozent-Partei – uns. So etwas hat es in Deutschland noch nie gegeben. Normalerweise fallen die meisten Korrekturen bei den großen Parteien an. Das zeigt: Es gab einen strukturellen Fehler. Tausende Anomalien in den Wahldaten wurden noch gar nicht geprüft und bei Stichproben ohne Auffälligkeiten tauchten weitere Stimmen für das BSW auf. Darum bin ich überzeugt: Frau Wagenknecht wird Fraktionsvorsitzende im Bundestag sein. Wir werden Untersuchungsausschüsse zu Nord Stream, Corona und den Maskendeals einsetzen. Kanzler Merz hat dann wahrscheinlich keine Mehrheit.

Wann rechnen Sie mit einer Entscheidung?

Wie lange es dauern wird, liegt am Bundesverfassungsgericht. Wir erhöhen weiter den Druck auf den Wahlprüfungsausschuss. Sollte sich nichts tun, ziehen wir nach Karlsruhe.



Pankower Linke warnt vor Nachteilen für Schulen mit vielen Kindern mit Förderbedarf

CDU 12.11.2025



Schützengraben als Zukunftsperspektive für die Jugend – in Deutschland läuft etwas schief

Bundesregierung 13.11.2025



Sie sind vor allem durch Ihre Arbeit zur Aufklärung des Cum-Ex-Skandals bekannt geworden ...

Das ist richtig, aber das ist auch eine gewisse Verengung. Ich bin ja nicht in die Politik gegangen, um ausschließlich Finanzskandale aufzuklären. Ich habe mich da reingearbeitet, weil ich Dinge verstehen will. 2021 habe ich zum Beispiel auch begonnen, den Maskendeal-Skandal aufzuklären, als die Grünen dazu lieber geschwiegen haben, weil sie schon auf Regierungskoalitionen schielten und alles Kritische zur Corona-Politik vermieden. Was ich damit sagen will: Politik heißt, sich immer wieder neu zu erfinden.

Sie haben durch Cum-Ex viel über Kontrolle und Machtmissbrauch gelernt. Was bedeutet das für Ihren Führungsstil, in der Politik und in der eigenen Partei?

Ich muss und will das BSW nicht kontrollieren wie die Gedächtnislücken von Olaf Scholz. Meine Aufgabe ist, Strukturen zu schaffen, die Debatten ermöglichen. Wir müssen unseren Mitgliedern die Werkzeuge geben, um Politik zu machen: in den Vierteln, auf Marktplätzen, in den Betrieben. Ich bin bekannt dafür, den Mächtigen auf die Finger zu schauen, und das werde ich weiter tun.



Fabio De Masi im Europäischen Parlament in Brüssel.
Jan A. Staiger für Berliner Zeitung

Aktuell ringt nicht nur das BSW mit sich selbst, sondern auch dieses Land – politisch, gesellschaftlich, kulturell. Was muss Deutschland hinter sich lassen, um nicht vollständig zu zerbrechen?

Deutschland muss eine politische Klasse überwinden, die die Interessen dieses Landes nicht mehr vertritt. Wenn uns etwa die Nord-Stream-Pipeline von ukrainischen Terror-Verdächtigen weggesprengt wird und wir schicken Milliarden in die korrupte Ukraine, ist das würdelos. Statt unseren Mittelstand vor US-Big-Tech und ihrem Steuerdumping zu schützen, kuschen wir vor Donald Trumps Drohungen mit Strafzöllen und füllen ihm die Auftragsbücher mit Rüstungs- und Fracking-Gas.

Deutschland braucht eine souveräne Politik. Leider ist ein großer Teil der politischen Elite am Rockzipfel der USA groß geworden und steht nun ratlos da, weil sie den letzten Bus aus Washington verpasst haben.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.